

Verantwortung für Brandenburg

Entwurf eines gemeinsamen Koalitionsvertrages
von SPD und CDU 2026 - 2029

Bericht: Landtagsabgeordneter Jörg Vogelsänger,
Mitglied der Hauptverhandlungsgruppe
„Verantwortung für Brandenburg“



Verantwortung für Brandenburg

Hauptverhandlungsgruppe

SPD: Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident und Landesvorsitzender

CDU: Jan Redmann, Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender

Finanzen/Demokratie/Medien/Europa/Digitales/Bürokratieabbau direkt verhandelt.

Arbeitsgruppe 1: Wirtschaft/Energie und Agrar/Umwelt (jeweils 3 Mitglieder)

SPD (Vorsitz): Jörg Vogelsänger, Finanzpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

CDU (Vorsitz): Steeven Bretz, Finanzpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

Arbeitsgruppe 2: Bildung und Wissenschaft (jeweils 3 Mitglieder)

SPD (Vorsitz): Kurt Fischer, Generalsekretär und Landtagsabgeordneter

CDU (Vorsitz): Gordon Hoffmann, Generalsekretär und Landtagsabgeordneter

Verantwortung für Brandenburg

Hauptverhandlungsgruppe

Arbeitsgruppe 3: Innen und Justiz (jeweils 3 Mitglieder)

SPD (Vorsitz): Ines Hübner, Bürgermeisterin Velten a.D., Stellv. Landesvorsitzende

CDU (Vorsitz): Sebastian Steineke, Bundestagsabgeordneter

Arbeitsgruppe 4: Gesundheit und Soziales (jeweils 3 Mitglieder)

SPD (Vorsitz): Björn Lüttmann, Fraktionsvorsitzender

CDU (Vorsitz): Karina Dörk, Landrätin Uckermark

Arbeitsgruppe 5: Infrastruktur (jeweils 3 Mitglieder).

SPD (Vorsitz): Kathrin Schneider, Chefin der Staatskanzlei

CDU (Vorsitz): Christian Große, Beigeordneter der Stadt Werder (Havel)



Verantwortung für Brandenburg

Entwurf eines gemeinsamen Koalitionsvertrages von SPD und CDU

A: Präambel: „Verantwortung für Brandenburg“

B: Wie entwickeln wir Brandenburg zukunftsfest – solide, digital und effizient

- Entschlossenes Handeln für stabile Landesfinanzen
- Zukunftsfähige Kommunalfinanzen
- Digitalisierung voranbringen – Bürokratie abbauen

C: Wie gestalten wir Brandenburg modern und weltoffen – und stärken dabei Ehrenamt, Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit unseres Landes langfristig?

- Demokratie stärken und Ehrenamt schützen
- Medienlandschaft fördern und regionale Berichterstattung ausbauen
- Europäische Zusammenarbeit vertiefen – Nachbarschaft zu Polen ausbauen
- Ostdeutschland sichtbarer machen

Entschlossenes Handeln für stabile Staatsfinanzen (2)

Maßnahmenpaket zur strukturellen Verbesserung der finanziellen Situation (1)

- Aufstellung Doppelhaushalt 2027/2028 orientiert an Planwerten 2026
- Kofinanzierung EU- und Bundesmittel optimieren und kritisch überprüfen
- Grundlegende Überarbeitung Wirtschaftsplan Sondervermögen (Landesanteil)
- Zusätzliche Ausgaben müssen von entsprechenden Einsparungen begleitet werden.

Es versteht sich, dass alle vereinbarten und erörterten Maßnahmen des Koalitionsvertrages grundsätzlich unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit stehen.

Dazu gehört auch, dass Maßnahmen, Projekte und Verpflichtungen, die in den vorangegangenen Legislaturperioden unter anderen Annahmen und Rahmenbedingungen verabredet wurden, erneut auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

Entschlossenes Handeln für stabile Staatsfinanzen (2)

Personelle Maßnahmen

- Personalausgaben schrittweise um insgesamt fünf Prozent verringern
- Ausgenommen Kernbereiche Staates (Polizei, Justiz, Bildung, Finanzverwaltung)
- Straffung Laufbahnrecht und Zulagenwesen
- Übernahme Ergebnisse Tarifverhandlungen systemgerecht, Beachtung BVG
- Überprüfung des bestehenden Landesbeauftragtenwesens

Zukunftsfähige Kommunalfinanzen

- Novellierung Finanzausgleichsgesetz (FAG) Ziel einvernehmliche Lösungen
- Erhöhung Anteil investiver Schlüsselzuweisungen
- Gleichzeitig Öffnung für Erhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen
- Überprüfung der restriktiven Vorschriften der Kreditaufnahmen von Kommunen
- Fortführung Investitionsprogramm „Brandenburg-Kredit für Kommunen“
- Überarbeitung Gebührenordnungen Land Ziel: Erhöhung Gestaltungsspielraum
- Ziel Erhöhung Rückgriffquote beim Unterhaltsvorschuss

D: Wie sichern wir Wohlstand und gute Arbeit in Brandenburg und stärken regionale Wertschöpfung von Landwirtschaft bis Industrie im kommenden Jahrzehnt?

- Industrie – Rückgrat unserer Wirtschaft
- Energie-Land Brandenburg
- Klimaschutz und klimaneutrale Wirtschaft
- Handwerk – Grundpfeiler der brandenburgischen Wirtschaft
- Unternehmer- und Gründergeist wecken
- Arbeitsmarkt mit guten Perspektiven
- Tourismus und Medienstandort Brandenburg als Wirtschaftsfaktoren
- Land- und Ernährungswirtschaft – konventionell und ökologisch
- Wasser – bedeutender Rohstoff der Zukunft
- Nachhaltige Wald- und Forstwirtschaft, Naturschutz und Wildtiermanagement
- Wirksamer Verbraucherschutz, starker Tierschutz

E: Wie eröffnen wir Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Brandenburg verlässliche Zukunftschancen und machen Wissenschaft, Kultur und Innovation zur Stärke des Landes?

- Verlässliche frühkindliche Bildung
- Gute Bildung – gute Chancen
- Beteiligung, Schutz und verlässliche Angebote für junge Menschen
- Sport ist Gesundheits- und Bildungsfaktor
- Wissenschafts- und Innovationsstandort Brandenburg
- Erwachsenenbildung und Volkshochschulen
- Verlässliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur

Verlässliche frühkindliche Bildung und Gute Bildung – gute Chancen

- Festhalten an der geplanten Neuordnung der Kita-Finanzierung
- Ab 2027 Fortbildungsinitiative für Erzieherinnen und Erzieher
- Keine weitere Verschlechterung der Schüler-Lehrer-Relation
- Bereitstellung von zusätzlichen 250 Stellen
- Zusätzliche Stunde Deutsch in der Grundschule
- Ausweitung der Schreib- und Lesepraxis in allen Fächern
- Erhöhung der teilnehmenden Schulen am Projekt „Feuerwehr macht Schule“
- Erhöhung der Schülerbesuchszahlen der Brandenburger Gedenkstätten

F: Wie bleibt Brandenburg stabil, sicher und handlungsfähig? Wie sorgt Brandenburg für Ordnung und schützt seine Bürgerinnen und Bürger?

- Sichtbare Polizeipräsenz und Ordnung gewährleisten
- Starker Verfassungsschutz zur Abwehr extremistischer Bestrebungen
- Krisenfester Brand- und Katastrophenschutz
- Leistungsfähige zivile Verteidigung und Unterstützung der Bundeswehr
- Migration und Integration steuern
- Justiz – schnell, modern und wirksam

Sichtbare Polizeipräsenz und für Sicherheit sorgen

- Beibehaltung Aufstockung der Polizei auf 9.000 Stellen bis zum Jahr 2029
- Qualitative und quantitative Erweiterung unserer Hochschule der Polizei
- Direkte Ansprechbarkeit durch zusätzliche Streifenwagen
- Beschaffung von zwei Polizeihubschraubern
- Weiterer Aufbau von Fähigkeiten zur Drohnenabwehr

G: Wie bleibt Brandenburg in allen Landesteilen lebenswert?

- Leistungsfähige, flächendeckende Gesundheitsversorgung
- Gesundheitsvorsorge und Versorgungssicherheit weiterentwickeln
- Pflege und würdevolles Altern
- Soziale Sicherheit und Vielfalt für ein starkes Gemeinwesen
- Gemeinschaft leben

Leistungsfähige, flächendeckende Gesundheitsversorgung

- Investitionen in Krankenhäusern finanzieren wir mit 200 Mio.€ pro Jahr
- Nutzung der Synergieeffekte der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg
- Alle Krankenhausstandorte sollen als Orte der regionalen Gesundheitsversorgung erhalten bleiben, beispielsweise als Krankenhaus oder als Medizinisches Versorgungszentrum/Poliklinik
- Einführung einer Landarztquote an der Medizinischen Universität Lausitz
- Verstetigung des Landärztestipendiums und Ausweitung auf Zahnärzte

H: Wie gelingt „Ankommen“ in Brandenburg?

- Wachstum fördern durch Landesplanung und Regionalentwicklung
- Straßen-, Brücken und Radwegebau voranbringen
- Schienenprojekte auf die Strecke bringen
- Schneller bauen für mehr bezahlbares Wohnen

Brücken, Radwege, Straßen voranbringen, Schienenprojekte auf die Strecke schicken

- Überprüfung Brandenburgisches Straßengesetz Ziel: Standards senken
- Entwicklung überregionaler Achsen bei Landesstraßen
- Erhalt und Sanierung von Brückenbauwerken
- Lückenschlüsse im Radwegenetz
- die PlusBus-Verkehr mit dem Ziel der zukunftsfähigen Ausrichtung evaluieren
- Priorisierung der Maßnahmen im Programm i2030
- Einsetzung für den Erhalt des Deutschlandtickets

Schneller bauen für bezahlbares Wohnen

- Novellierung der Bauordnung fortsetzen mit dem Ziel der Vereinfachung und Verkürzung von Verfahren
- Flächendeckende Einführung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens bis Ende 2026
- das derzeitige Fördervolumen für selbstgenutztes Wohneigentum verdoppeln
- bei der Wohnraumförderung kommunale und Genossenschaften bevorzugt berücksichtigen
- Möglichkeiten zur Übertragung von Belegungsbindungen im Bestand ausweiten
- Ankauf von Belegungsbindungen zur Bestandswahrung unterstützen

Annex zum Koalitionsvertrag: ausgewählte Maßnahmen

5 Energie (Erneuerbare Energien)	EE-Genehmigungs- Verfahren	Beschleunigung der Genehmigung von EE- Anlagen (Geothermie)	MWAEK 2026
13 Wasserwirtschaft (Wasserversorgung)	Wassergesetz	Novellierung des Wassergesetzes	MLEUV 2026/2027
18 Wissenschaft (Studierendenwerke)	Kreditaufnahme Studierendenwerke	Landeshaushaltsordnung ändern, um den Studierendenwerken das Recht zur Kreditaufnahme einzuräumen	MdFE 2026
22 Frühkindliche Bildung (Kindertagesstätten)	Kitafinanzierungs- Neuordnungsgesetz	Neuordnung der gesetzlichen Kita-Finanzierung, Aufnahme einer gesetzlichen Regelung zur Datenübermittlung bezüglich Kita/Schule/Hort	MBJS 2027
29 Ordnungsbehörden (Modernisierung)	Ordnungsbehörden- Gesetz	Novellierung des Ordnungs-behördengesetzes mit Überprüfung und ggfs. Erweiterung der Befugnisse für die Ordnungsbehörden	MIK 2026
40 Gesundheit (Pflege)	Landespflegegesetz	Aufnahme des „Paktes für Pflege“ in das Landespflegegesetz	MGS 2027
50 Landesplanung/ Regionalentwicklung (Bauen)	Bauordnung	Novellierung der Bauordnung und der Baugebührenordnung, Einbringung weiterer Veränderungen mit dem Ziel der Vereinfachung und Verkürzung	MIL 2026
56 Digitalisierung (Moderne Verwaltung)	Künstliche Intelligenz	Einführung eines KI-Assistenten in der Landesverwaltung 2026 und in den Kommunen in 2027	MdJD 2026/2027

Struktur der Landesregierung

Die SPD stellt den Ministerpräsidenten und hat das Vorschlagsrecht für die Ministerien:

- Staatskanzlei
- Ministerium der Finanzen
- Ministerium der Justiz und für Digitalisierung
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
- Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Die CDU stellt den stellvertretenden Ministerpräsidenten, hat Vorschlagsrecht für die Ressorts:

- Ministerium des Innern und für Kommunales
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Ministerium für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa

Fahrplan zur Bildung der Koalition

- Samstag, 14.03.2026, Landesparteitag in Potsdam
- **Mittwoch, 18.03.2026,
Vereidigung der Ministerinnen und Minister im Landtag**